



Mehr Umverteilung schafft nicht mehr Gerechtigkeit

Die Ungleichheit hat in vielen Ländern zugenommen. Sie ist aber nicht die Folge von falscher Politik, sondern von ökonomischen und gesellschaftlichen Trends. Deshalb lässt sie sich nicht einfach mit mehr Umverteilung korrigieren, meint *Felix E. Müller*

Das politische Schlagwort der Stunde heisst Umverteilung. Die 1:12-Initiative, die Mindestlohn-Initiative, die Erbschaftssteuer-Initiative, die Enthüllungen über Steuerparadiese und Offshore-Konten, die Forderung nach Offenlegung aller Steuerdaten in der Stadt Zürich: All das zielt letztlich darauf ab, Einkommen und Vermögen in der Schweiz umzuverteilen.

Die Rechtfertigung für dieses Handeln liefert der Begriff «Gerechtigkeit». Er wird in dieser Debatte flächendeckend beschworen. Auffallend ist allerdings, dass es am Ende immer um Geld geht und Gerechtigkeit pekuniäre

Gleichheit aller Menschen meint. Wenn eine Lohnverteilung von 1:12 in einer Firma gerechter sein soll als der jetzige Zustand, ist dann ein Verhältnis von 1:6 nicht noch etwas gerechter? Wer in dieser 1:x-Logik denkt, wird für die Beseitigung von Ungleichheit auf Umverteilung setzen.

Nun ist es eine Tatsache, dass ökonomische Ungleichheiten in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern zugenommen haben. Während die politische Rechte häufig nicht erkennen will, dass dies zu gesellschaftlichen und politischen Problemen führen kann, vermutet die Linke, es handle sich dabei um die Folge einer aus ihrer Sicht falschen Politik. Deshalb lasse sich Ungleichheit politisch auch einfach korrigieren, mittels höherer Steuern für die Reichen, Eingriffen in die Lohnpolitik der Unternehmen und höherer staatlicher Ausgaben.

Doch die heutigen Ungleichheiten sind nicht einfach linear aus der Tatsache abzuleiten, dass Spitzengehälter stärker gestiegen sind als die Durchschnittslöhne. Vielmehr liegen ihnen fundamentalere Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft zugrunde; sie entziehen sich deshalb auch einer raschen Remedur durch ein, zwei Volksinitiativen. Drei Trends haben in den letzten Jahren die Ungleichheit verstärkt:

Ökonomisch gesehen hat sich im Westen der Trend zu einer Dienstleistungsgesellschaft enorm verstärkt. Arbeitskräfte, die auf solch einem Arbeitsmarkt bestehen wollen, müssen über möglichst gute kognitive, analytische und kreative Fähigkeiten verfügen, also über einen guten Schulrack. Während in der alten Industriegesellschaft Muskelkraft auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt war, ist heute Bildung zum Schlüsselfaktor für die beruflichen Chancen geworden.

Dabei weiss man mittlerweile, dass der schulische Erfolg direkt mit dem

familiären Umfeld zusammenhängt. Kinder und Jugendliche, die in intakten Familien und in einem bildungsnahen Milieu aufwachsen, sind in der Regel die klar besseren Schüler. Mit andern Worten: Je dysfunktionaler und bildungsferner ein Elternhaus ist, desto geringer die Aussichten eines Kindes, die intellektuellen Fähigkeiten zu erwerben, die in einer Dienstleistungsgesellschaft zum Erfolg führen.

Der zweite Trend ist die Einwanderung. Die Schweiz erlebte in den neunziger Jahren einen Zustrom schlecht gebildeter Personen, die beruflich nur mit Mühe Fuss fassten und die Ungleichheiten verstärkten.

Der dritte Trend lässt sich vor allem in den USA beobachten. Hier hat die soziale Mobilität markant abgenommen; sie ist heute tiefer als in vielen europäischen Ländern. Neben der Einwanderung wirkt sich da das gestiegene Bildungsniveau der Frauen aus. Denn unter den unverheirateten Frauen sind Akademikerinnen übervertreten. Soziologen führen dies darauf zurück, dass Männer nicht «nach oben» heiraten. Eine gut gebildete Frau findet folglich einen Partner nur im gleichen Bildungssegment. Männer dagegen haben historisch gesehen immer auch «nach unten» geheiratet – Arzt und Krankenschwester als das bekannteste Beispiel. Das förderte die soziale Mobilität. Heute bleiben die sozialen Schichten eher unter sich.

Der Kampf gegen die Ungleichheit hat primär an diesen drei Stellen anzusetzen: bei der Bildungspolitik, der Einwanderungspolitik und bei Massnahmen, die eine gute gesellschaftliche und berufliche Durchmischung sowie Vollbeschäftigung ermöglichen. Wer dagegen die Umverteilung als Allheilmittel gegen Ungleichheit versteht, der setzt nicht nur auf eine äusserliche, sondern möglicherweise gar gefährliche Medizin. Wie der Blick auf Staaten wie Frankreich oder Italien



zeigt, schaden höhere Steuern für Gutverdienende und mehr Umverteilung rasch einmal der wirtschaftlichen Leistungskraft des Staates insgesamt.

Schliesslich sollte man sich vor Augen halten, dass eine dynamische Wirtschaft auf ein gewisses Ausmass an Ungleichheit angewiesen ist. Nur so entsteht ein Anreiz für den Einzel-

nen, mehr zu arbeiten und höhere Risiken einzugehen, was die Wirtschaft insgesamt voranbringt. Umverteilung bedroht diese Dynamik. Und wenn ein Staat ärmer wird, zahlen am Ende alle einen höheren Preis.

**Wer die Umverteilung
als Allheilmittel**

**gegen Ungleichheit
versteht, der setzt
nicht nur auf eine
äusserliche, sondern
möglicherweise gar
gefährliche Medizin.**